

Liebe Genossinnen und Genossen!

Ich möchte mich für diesen Parteitag bedanken. Ich möchte euch, den Delegierten und Sigmar Gabriel für diesen Tag und für die Gelegenheit danken, dass wir mit unseren Genossinnen und Genossen der europäischen Sozialdemokratie auf Regierungsebene und in den Institutionen der Europäischen Union über den Kurs der Sozialdemokratie in Europa, über die Lage der Europäischen Union und über die Notwendigkeiten der Zusammenarbeit diskutieren können.

Das ist ein erstmaliger Schritt. Ich kenne keinen anderen Parteitag, auf dem es die Chance gegeben hat, mit internationalen Gästen - sie sind sozusagen Gastdelegierte - über die Lage in Europa zu diskutieren. Das ist die Internationalisierung der Politik, die wir brauchen. Deshalb bin ich dankbar dafür, dass wir diesen Schritt heute gehen können.

In Ergänzung zu dem, was Sigmar gerade gesagt hat, will ich auch sagen, dass das praktische Auswirkungen hat. Wir sind seit etwas mehr als einem Jahr an unterschiedlichen Orten zusammen gewesen - mal in Schweden, mal in Frankreich, in Evry, im Wahlkreis von Manuel, mal in Wien bei Werner Faymann - und haben uns verabredet, dass wir auch in der praktischen Alltagspolitik diese sozialdemokratische Kooperation verwirklichen müssen.

Ich will das hier einmal in aller Offenheit sagen, weil das selten nach außen dringt: Dass Griechenland heute noch Mitglied der Euro-Zone ist, dass es nicht zum Grexit gekommen ist, liegt daran, dass noch in der Nacht der Verhandlungen Sigmar Gabriel, Werner Faymann, Manuel Valls und Stefan Löfven dafür gesorgt haben, dass dieser Versuch, ein Land aus der Euro-Zone herauszudrängen, gescheitert ist.

Das zeigt, dass wir diese Kooperation praktisch verwerten und in praktische Politik umsetzen können. Deshalb, liebe Genossinnen und Genossen, ist das nicht irgendetwas Dekoratives auf einem SPD-Parteitag. Sondern es ist das, was wir brauchen; denn, Genossinnen und Genossen, wir stehen in Europa vor Herausforderungen wie nie zuvor. Europa ist in einer Art und Weise herausgefordert, wie ich das in meiner politischen Lebenszeit noch nicht erlebt habe.

Es gibt vier zentrale Herausforderungen, und ich hatte vor ein paar Tagen die Gelegenheit, mit Jürgen Habermas darüber zu diskutieren. Er sagt, diese vier Herausforderungen, die ich gleich beschreiben will, laufen nicht parallel, sondern sind ineinander verschränkt und verstärken sich gegenseitig zu einem enormen Risikopotenzial.

Erstens: Wir haben es mit den anhaltenden Migrationsbewegungen zu tun, diesem globalen Phänomen. Ban Ki-moon sagt, dass 60 Millionen Menschen zu diesem Zeitpunkt weltweit auf der Flucht sind. Sie suchen Schutz und Heimat woanders - eben auch bei uns in Europa.

Zweitens: Die ungelöste Fiskal- und Wirtschaftskrise ist zwar etwas aus der allgemeinen Aufmerksamkeit verschwunden, sie ist aber nach wie vor eben eine ungelöste Krise und hat gewaltige soziale Verwerfungen in der Europäischen Union ausgelöst.

Drittens: Der islamistische Terror soll uns in Europa im Herzen unserer Gesellschaft treffen. Weil Manuel Valls, der Französische Premierminister, heute bei uns ist, will ich an deine Adresse, Manuel, ich glaube im Namen aller Delegierten, im Namen der gesamten deutschen Sozialdemokratie sagen: Wir stehen an der Seite der französischen Nation gegen diesen Angriff auf die Werte von Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit! Nous sommes unis, camarades, avec les Français, avec les camarades en France!

Es ist kein nationalistisches Wort, wenn ich glaube im Namen aller hier sage, dass die Deutschen an der Seite der Franzosen stehen, weil die französische Nation mit ihren republikanischen Werten von Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit für die gleichen Ideale

steht, für die auch die internationale und vor allem die deutsche Sozialdemokratie steht. Deshalb, Manuel: Wir lassen nicht den Nationalisten dieses Wort, sondern wir, die Internationalisten, im besten Sinne der französischen Aufklärung, sagen dir heute: Nous sommes unis! vive la France! Vive la République!

Viertens schließlich sind es die außenpolitischen Konflikte, die uns herausfordern, gerade auch der ungelöste Konflikt im Nahen Osten. Weil heute unsere Freunde aus Palästina hier sind und weil unsere Freunde der israelischen Labor Party und von Meretz hier sind: Solange der Konflikt im Nahen Osten nicht gelöst und solange der Friedensprozess nicht abgeschlossen ist, werden wir nicht müde im Sinne des Oslo-Prozesses dafür zu kämpfen, dass diese Quelle so vieler anderer Konflikte nicht in Vergessenheit gerät und wir an einer friedlichen Lösung für das palästinensische Volk und die Sicherheit Israels zum gleichen Zeitpunkt arbeiten.

Liebe Genossinnen und Genossen, der Ukraine-Konflikt ist nach wie vor virulent. Ich will hier an dieser Stelle noch einmal dem Außenminister unseres Landes und Federica Mogherini danken. Ohne eure Initiative und ohne euer beständiges Verhandeln gäbe es keine Chance für Frieden, weder in der Ukraine und schon gar nicht im Mittleren und Nahen Osten. Das große Verdienst der europäischen Diplomatie, für die Federica hier repräsentativ sitzt und für die Frank-Walter Steinmeier so kämpft, ist, dass es uns gelungen ist, das Nuklearabkommen mit dem Iran unter Dach und Fach zu bringen. Das ist die Grundvoraussetzung dafür, dass wir in Wien mit dem Ziel einer hoffentlich friedlichen Lösung für Syrien verhandeln können. Deshalb vielen Dank an Federica und vielen Dank an Frank-Walter!

Diese vier Szenarien, Genossinnen und Genossen, die Migrationsbewegungen einerseits, die ungelöste Wirtschafts- und Fiskalkrise, der Terror, der uns bedroht, und die ungelösten Krisen in unserer Nachbarschaft, finden zeitgleich mit einem Szenario statt, das ich vor 21 Jahren, als ich Abgeordneter unserer Partei im Europaparlament wurde, nie für möglich gehalten hätte, nämlich dass das Scheitern Europas ein realistisches Szenario ist. Europa kann zerbrechen. Dass es zerbricht, ist das erklärte Ziel der Antieuropäer, das erklärte Ziel der Ultrationalisten, die auf diesem Kontinent einen Wahlerfolg nach dem anderen einfahren. Wir sind in einer Situation, in der wir nie mehr europäische Kooperation gebraucht hätten als heute und zugleich Europa nie mehr unter Druck war. Deshalb ist der Satz, es gäbe zu Europa keine Alternative, nicht richtig. Es gibt Alternativen zur europäischen Integration. Die, die die Wahlen gewinnen, wollen diese Alternativen zur europäischen Integration. Deshalb muss man sie einmal benennen: Wollen wir europäische Sozialistinnen und Sozialisten, dass wir wieder Grenzen hochziehen, dass wieder Mauern gebaut werden, wie diese Leute es wollen? Wollen wir die Wiedereinführung bedeutungsloser Kleinstwährungen? Wollen wir bei internationalen Abkommen zum Klimaschutz, in Paris wird gerade in diesen Minuten ein Kompromiss gesucht, als Europäerinnen und Europäer unseren Einfluß geltend machen, oder wollen wir die Deals zum Klimaschutz den USA oder China überlassen?

Mit der Rückentwicklung Europas zur Kleinstaaterei im Sinne der Ultrationalisten verabschieden wir uns aus der internationalen Politik und damit aus unserem Anspruch als Europäerinnen und Europäer, ein demokratisches, soziales, nachhaltiges, gerechtes, freies Gesellschaftsmodell als unseren Beitrag in der internationalen Politik zu vertreten und die Werte, auf denen dieses Modell aufgebaut ist, durchzusetzen. Können wir das wirklich wollen, wir, die Partei, die im Heidelberger Programm 1925 die Vereinigten Staaten von Europa gefordert hat? - Nein, das können wir nicht. Die Fragestellung für uns ist: Was ist die Aufgabe der Sozialdemokratie im 21. Jahrhundert? Wie können wir weiterhin in Frieden in einer solidarischen, in einer gerechten Gesellschaft leben, wie können wir unsere dynamische soziale Gemeinschaft im 21. Jahrhundert absichern?

Deshalb ist mein erster Satz dazu der, den ich gestern gesagt habe: Es ist Kampfzeit angesagt. Die, die ein anderes Gesellschaftsmodell wollen, jene, die die Hatz, den Hass auf

die Minderheiten propagieren, diejenigen, die Ausgrenzung wollen, diejenigen, die sagen „Meine Nation ist wichtiger als andere Nationen“, die, die glauben, mit einem Zaun um ihr Land herum die Globalisierung bewältigen zu können, sind wild entschlossen, ihr Modell durchzusetzen.

Ich glaube, die Anwesenheit unserer Gäste heute Morgen hier zeigt: Wir müssen die gleiche Entschlossenheit zeigen, unser Gesellschaftsmodell, welches das bessere ist, zu verteidigen!

Um die Aufgabe der Sozialdemokratie im 21. Jahrhundert zu diskutieren, sind Federica Mogherini, Stefan Löfven, Werner Faymann und Manuel Valls heute bei uns. Wir müssen dem globalen Kapitalismus unser europäisches Modell entgegensetzen, so wie wir im 20. Jahrhundert den nationalen Kapitalismus zivilisiert haben. Die Waffengleichheit von Kapital und Arbeit zu verteidigen, ist eine transnationale Aufgabe. Die Waffengleichheit – auf unserem Parteitag haben viele Gewerkschaftsvertreter das Wort ergriffen - von Kapital und Arbeit war die große Erfolgsstory der Montanunion, das am weitesten entwickelte Mitbestimmungsmodell in der Mitte des vergangenen Jahrhunderts. Diese Waffengleichheit zwischen Kapital und Arbeit auf nationaler Ebene zu erstreiten, war die identitätsstiftende Leitlinie von Sozialdemokraten auf der nationalen Ebene. Wir erstritten ein nationales Arbeitsrecht, ein Streikrecht auf nationaler Ebene. Wir erstritten unsere sozialen Grundrechte auf nationaler Ebene. Aber seit Jahrzehnten erleben wir jetzt, Genossinnen und Genossen, die Internationalisierung des Kapitals. Wir erleben zugleich, dass der Sozialstaat auf der nationalen Ebene verbleibt. Das führt aber dazu, dass das Kapital in Europa Ferrari und der Sozialstaat mit dem Fahrrad hinterher fährt. Wir müssen mehr denn je heute eine Internationalisierung unseres Kampfes organisieren.

Deshalb habe ich oft Verständnis für den Verdruss von Menschen, die in einem Europa leben, das nicht gerecht ist, weil die Instrumente auf der transnationalen Ebene fehlen. Wir müssen diese Instrumente schaffen. Geschenkt werden wir sie aber nicht bekommen, wir müssen sie erkämpfen. Ich verstehe Menschen, die sich nicht gerecht behandelt fühlen, wenn sie in einem Europa leben, in dem Spekulanten Milliarden Gewinne machen und dafür keine Steuern bezahlen müssen, aber wenn diese gleichen Spekulanten Milliardenverluste machen, dann müssen die Steuerzahler für sie gerade stehen. Deshalb ist die gemeinsame europäische Steuerpolitik nicht nur die Harmonisierung von Mindeststeuersätzen, sondern der Kampf gegen die Steuerflucht, die Steuervermeidung. Dieser Betrug an den Einnahmen der öffentlichen Hand ist eine der vorrangigen Aufgaben der europäischen Sozialdemokratie in den nächsten Jahren.

Ich hoffe, dass wir darüber heute diskutieren können.

Es kann doch nicht sein, dass der kleine Bistro-Besitzer in Berlin oder Paris seine Steuern zahlen muss und die amerikanische Kaffeekeite nebenan ist, deren Kaffee nicht einmal so gut schmeckt, steuerfrei ausgeht. Ich bin dafür, dass wir endlich ernst machen mit dem Prinzip: Das Land des Gewinns muss auch das Land der Steuer sein. Das ist nicht irgendeine Steuerfrage; das ist eine Frage der Gerechtigkeit.

Liebe Freundinnen und Freunde, liebe Genossinnen und Genossen, wir leben in einer Zeitenwende. Wir haben gestern über die digitale Agenda diskutiert. Die digitale Agenda krepelt unser Leben um. Sie schafft Strukturen in der Kombination von Big Data und Big Governance, die die Gefahr mit sich bringen, dass unsere Grundrechte ausgehöhlt werden, dass wir entprivatisiert werden, dass der Mensch nicht nur im Betrieb ein Kostenfaktor mit Ohren ist, sondern seine Daten der Rohstoff für einige wenige übermächtige international operierende Konzerne werden.

Deshalb ist es eine Aufgabe der europäischen Sozialdemokratie, im digitalen Zeitalter zu begreifen, dass der Schutz unserer Rechte, wie wir ihn in der analogen Welt erkämpft haben,

nicht im digitalen Raum verloren gehen darf. Deswegen ist dies eine Aufforderung an die europäische Sozialdemokratie: Kämpfen wir für eine Charta der digitalen Grundrechte, die in dieser digitalen Welt unsere sozialen, ökologischen und vor allem individuellen Grundrechte im 21. Jahrhundert absichert.

Liebe Genossinnen und Genossen, wenn ich auf die wirtschaftlichen Verwerfungen, auf die Migrationsbewegungen und auf die Bedrohungen an unseren Grenzen in unserer Nachbarschaft schaue, dann sehe ich, dass es diese permanente Reaktion der großen Vereinfacher gibt - die Leute, die, vor allem im rechten Lager, für alles einen Sündenbock haben, aber für nichts eine Lösung, die die Welt so ganz einfach erklären können, die den Menschen immer irgendeinen Schuldigen präsentieren in unserem Land.

Gestern hat ein Genosse hier - sich schon fast schämend - gesagt, er käme aus Dresden. In unserem Land finden in dieser Stadt montags diese Demonstrationen statt. - Ich will zunächst an die Adresse dieses Genossen, der aus Dresden kommt, eines sagen: Dresden ist eine wunderbare Stadt. In Dresden gibt es mehr Leute, die gegen diese Bewegung auf die Straße gehen, als die aus dem ganzen Land ankarren können.

Aber, liebe, Genossinnen und Genossen, der Front National in Frankreich, die Wahren Finnen in Finnland, diese Leute bei uns in Deutschland, die hinter der Pegida-Bewegung oder hinter der AfD herlaufen, die Schwedendemokraten, die VVD in der Niederlanden, die FPÖ in Österreich, diese Propagandisten der Renationalisierung sind in Wirklichkeit nichts anderes als Konjunkturritter der Angst. Das, was sie haben wollen, ist die Angst der Menschen, deren Verunsicherung. Das, was sie brauchen als Sprit für ihren politischen Motor, ist die Verängstigung der Menschen. Das läuft so ab, dass sie zwischenzeitlich so weit gehen, systematisch und abgesprochen in ganz Europa - im Europaparlament sitzen sie in einer Fraktion -, jeden Tag ein Stück weiter austesten, wie weit sie mit ihrer dramatisch inszenierten, verführerischen und brutalen Rhetorik gehen können.

Wer die Flüchtlinge, die vor dem sogenannten Islamischen Staat aus Syrien und dessen Terror flüchten, rhetorisch mit den Mördern von Paris gleichsetzt, die Anschläge verübt haben und die zum sogenannten Islamischen Staat gehören, wer plötzlich die Flüchtlinge, die vor den Tätern flüchten, mit den Tätern in einen Sack steckt, der macht aus Opfern Täter - und zwar aus Opfern, die vor mörderischer Gewalt fliehen. Wie tief muss man moralisch eigentlich sinken, um eine solche Politik zu betreiben?

Ich zitiere euch zwei Sätze aus Reden von Abgeordneten dieser Leute im Europäischen Parlament. Ein Satz lautet: Im Prinzip sind Roma auch Menschen. - Und bei dem Bild des Jungen, der in Bodrum an den Strand gespült wurde: Wie lange noch wird solch menschlicher Abfall an unsere Küsten gespült?

Diese Leute fahren 20 bis 25 % bei den Wahlen ein. Genossinnen und Genossen, ich hätte nicht gedacht, dass das in Europa noch einmal möglich wäre. Für uns gilt mehr denn je der Grundsatz: Wehret den Anfängen! Für die Feinde der Demokratie gibt es keinen Platz in Europa!

Liebe Genossinnen und Genossen, globale Aufgaben können nicht national gelöst werden - nicht die wirtschaftlichen Probleme, nicht die Umweltprobleme, nicht die Migrationsfragen, nicht die Finanzfragen, nicht die Fragen der Steuerpolitik. Wir brauchen mehr denn je den Zusammenschluss und den Willen zur europäischen Zusammenarbeit. Mehr denn je brauchen wir deshalb die internationale Zusammenarbeit der europäischen Sozialdemokratie, der Sozialistinnen und Sozialisten in den Ländern der Europäischen Union und weltweit.

Deshalb, Genossinnen und Genossen, lasst mich noch einmal daran erinnern, was ich gestern gesagt habe: Schaut in die Augen der Flüchtlinge, die zu uns kommen! Wer immer

auch mit ihnen diskutiert - egal, wo sie herkommen -, der stellt fest, dass sie kommen, weil sie eine Chance auf ein besseres Leben haben wollen, weil sie Schutz suchen vor Terror, Gewalt und Ausbeutung. Sie kommen, weil sie wissen, dass Europa der Kontinent ist, der den Menschen Sicherheit garantiert, der ihnen ihre Freiheit garantiert, ihre Selbstbestimmung.

Genossinnen und Genossen, wir unterschätzen etwas als europäische Völker: Menschen in anderen Teilen dieser Erde, die zu uns kommen, schauen mit Neid auf uns. Wenn ich in deren Augen schaue, dann sehe ich, dass sie uns beneiden. Denn all das, was wir als selbstverständlich hinnehmen, ist genau das, was sie nicht haben. Warum sind wir eigentlich nicht stolz darauf, dass wir das haben, was diese Menschen anstreben, was ihnen vorenthalten wird, was ihnen Diktatoren nehmen, was ihnen ein hemmungsloser Raubtierkapitalismus vorenthält? All das, unsere sozialen Rechte, unsere individuellen Grundrechte, der staatliche Schutz dieser Rechte, ist doch die Basis unserer europäischen wertegeleiteten Demokratie. Das alles haben diese Flüchtlinge nicht; es wird ihnen genommen; es wird ihnen vorenthalten. Und sie beneiden uns, weil wir es haben. Wann fangen wir endlich an, zu begreifen, dass wir einen Grund haben, genau darauf stolz zu sein, dass wir es haben, und dass wir es endlich teilen sollten mit anderen Teilen dieser Erde?

Die Ursache für die Fluchtbewegung ist in vielen Fällen die ökologische Katastrophe. Die Ursache für die Fluchtbewegung ist Terror, ist Diktatur, ist die Unterdrückung der Meinungsfreiheit, ist religiöser Fundamentalismus. Die Fluchtursache ist oft die hemmungslose Ausbeutung der Ressourcen. Und diese hemmungslose Ausbeutung der Ressourcen ist häufig die Ursache für Bürgerkrieg, der wiederum die Fluchtursache ist. Das heißt, die Aufgabe der europäischen Sozialdemokratie ist, eine transnationale Struktur weiterzuentwickeln, die für eine gerechte Verteilung der Güter ist, die für Demokratie und Meinungsfreiheit eintritt, die für die Gleichberechtigung von Mann und Frau kämpft. Das Ziel ist, unsere Werte nicht für uns reserviert zu betrachten, sondern unsere internationale Kraft, auch unsere ökonomische Kraft in der transnationalen Demokratie zu nutzen, um diese Werte für uns zu verteidigen. Aber auch die Europäische Union als ein Instrument zu begreifen, mit dem wir diese Werte verbreiten könnten.

Da wir eben über Handelsabkommen geredet haben: Ja, ich bin dafür, dass wir - so wie Sascha Raabe es heute Morgen angedeutet hat - denjenigen, die auf unseren Markt wollen sagen: Wer auf den größten und reichsten Binnenmarkt dieser Welt will, der muss auch die Standards akzeptieren, die wir in diesem größten und reichsten Binnenmarkt der Welt schaffen.

Wenn wir endlich begreifen, dass unsere ökonomische Stärke auch politische Stärke bedeutet, dann gibt das einen Sinn für die Sozialdemokratie. Deshalb, liebe Genossinnen und Genossen, es ist die Zeit des Kämpfens und auch des-sich-Vergewisserns: Was ist unsere Rolle?

Lasst mich deshalb zum Abschluss der Einführung in unsere Debatte mit unseren Gästen und der Diskussion über unsere Anträge noch einmal ein persönliches Wort sagen - des Dankes nicht nur für das Vertrauen, das mir meine eigene Partei entgegenbringt, sondern als jemand, der in einem Dreiländereck geboren worden ist.

Ich bin in diesem Dreieck zwischen Maastricht, Aachen und Lüttich in Belgien geboren und aufgewachsen. Meine wunderbare Heimatstadt liegt genau in der Mitte dieses Gebiets. Das ist ein europäischer Mikrokosmos. Ich bin der Verwandte von Familien aus drei Ländern. Meine Vorfahren stammen aus dem niederländischen Kerkrade genauso wie aus dem heute belgischen Eupen. Meine Urgroßmutter väterlicherseits - mein Vater war Saarländer - stammte aus dem heute französischen Thionville. Ich bin in einer Familie aufgewachsen, die durch die Verheerungen des 20. Jahrhunderts schwer beschädigt war, und ich habe erlebt,

dass es Vettern und Cousinen gibt, die auf den anderen Seiten der jeweiligen Grenze lebten und auch Soldaten in unterschiedlichen Armeen waren.

Für mich war der Kampf gegen den Rassismus, gegen den Nationalismus, gegen die Fremdenfeindlichkeit, gegen den Antisemitismus, gegen die Hetze auf die Fremden, dieses Denken „wir und die da auf der anderen Seite“ immer das Schlimmste, was es in Europa gegeben hat. Ich habe es als Jugendlicher und als Kind noch erlebt, wie es war wenn man die vier Kilometer, die es von mir aus in die Niederlande oder nach Belgien sind, fuhr, und dass die Menschen nicht immer sehr begeistert waren, wenn sie Deutsche sahen oder Deutsch hörten.

Die Bundesrepublik Deutschland hatte 1949, kurz nach ihrer Gründung, Ende des Jahres 1949 und Anfang des Jahres 1950 ein ungeheures Privileg. Die Niederlande, Belgien, Luxemburg, Frankreich und Italien luden dieses junge Deutschland nur fünf Jahre nach Ende des Zweiten Weltkrieges ein, Mitglied der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl zu werden.

Wir haben heute den Dezember 2015. Wenn ihr euch zurückerinnert an den Dezember 2010 - das sind fünf Jahre, das ist eine kurze Zeit. Stellt euch vor, zwischen dem Dezember 2010 und dem Dezember 2015, in dieser Zeitspanne lag das Ende des Naziregimes, die Befreiung von Auschwitz, und die Einladung an Deutschland, erhobenen Hauptes als gleichberechtigtes Mitglied in eine internationale Staatengemeinschaft zurückkehren zu können. Und die Einladung wurde ausgesprochen von den Regierungen von den Ländern, in denen ganz wenige Jahre zuvor deutsche Truppen die Länder zerstört hatten, in Belgien zum zweiten Mal in 30 Jahren, in dem die jüdische Gemeinschaft von Antwerpen praktisch eliminiert war oder wo die Kinder von Izieu bei Lyon - 42 Kinder im Alter zwischen 5 und 14 Jahren - von Klaus Barbie zwischen dem 6. April 1942 und dem 13. April 1942 alle in die Gaskammern getrieben worden waren. Fünf Jahre nach Ende dieses Desasters wurde Deutschland eingeladen, als gleichberechtigtes Mitglied in die demokratische Staatengemeinschaft zurückkehren zu können.

Der Hass, der Terrorismus, der exterminatorische Vernichtungswille, der von diesem Land ausging, wurde nicht beantwortet mit Rache, sondern mit einer ausgestreckten Hand. Deshalb war es, wie ich finde, ein großes Geschenk an unser Land in diese Europäische Gemeinschaft eintreten zu dürfen. Deshalb finde ich es bis heute unverzichtbar und unverrückbar, dass es deutsche Staatsräson sein muss, in der Tradition dieses Geschenkes an der Stärkung, an der Vertiefung der Europäischen Gemeinschaft, der Europäischen Union mitzuwirken. Und keine Partei steht mehr für die Werte, für die diese Europäische Union steht, liebe Genossinnen und Genossen, als die unsere.

Genossinnen und Genossen, wenn es überhaupt ein Land gibt, das historisch und zeitgenössisch den Hauptgrund hat, für dieses Europa zu kämpfen, dann ist es in der Tradition und auch im Bewusstsein unserer eigenen Geschichte, aber ganz stark auch in der Tradition unserer eigenen Partei die Bundesrepublik Deutschland. Und deshalb: Als Regierungspartei dieses Landes und in der Tradition unserer Partei seit 1925, liebe Genossinnen und Genossen, ist es unsere zentrale Verpflichtung, für ein geeintes und starkes Europa, gegen den Rassismus, gegen die Fremdenfeindlichkeit, für die Toleranz und für den gegenseitigen Respekt in der internationalen Völkergemeinschaft zu kämpfen. Das ist der Sinn deutscher und europäischer Sozialdemokratie. - Vielen Dank.